

Bezugspreis

Im halbe monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post 4,65 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Derstellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. In sämtlichen Zeitungsverzeichnissen unter 'Sozial-Zeitung' eingetragen. Für unvollständig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Sozial-Zeitung' gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 7 gespaltene Kolonizelle oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet und in unferen Anzeigebestellen und allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die Seite 1 bis. Schluss der Anzeigen: Annahme vom 11 Uhr, für die Sonntagnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheinungst. 2mal, Sonntag 1mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Dr. Braunstrasse 17. Neben-Geschäftsstellen: Markt 24 und Dr. Ulrichstrasse 82.

Nr. 29.

Halle, Freitag, den 18. Januar

1918.

Zuversicht in der Friedensfrage.

Eine Rede des Ministerpräsidenten v. Seidler im österreichischen Reichsrat. Klärung der Auffassungen in Brest-Litowsk.

Wien, 17. Januar. (Meldung des Wiener R. A. Telegr. Korz. Ausg.) Im Subklausenrat des Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident v. Seidler heute im Einvernehmen mit dem Minister des Äußeren Graf Czernin Beschlüssen über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er führte aus: Die wesentlichste Bedeutung kommt den Beratungen jener Kommission zu, welche sich mit der Regelung der sogenannten politischen und territorialen Fragen im Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland einerseits und Rußland andererseits befaßt. Die Beratungen dieser Kommission befinden sich derzeit im Stadium der Formulierung der beiderseitigen Standpunkte. Hierbei trat bereits eine solche Klärung der Anschauungen ein, daß sie gegenüber dem Stande der Verhandlungen am 27. Dezember als entscheidender Fortschritt bezeichnet werden muß. Andererseits geht aus dem Communiqué hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Einie erkennen läßt, auf welcher die von beiden Seiten mit gleichem Ernste angestrebte Ausgleichung erfolgen soll.

Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu beseitigen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Äußeren ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes zu einer Verständigung zu gelangen, welche auf dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen ruht und welche gleichzeitig unter Wahrung des Gesichtspunktes der Gegenseite die eigenen Interessen wahrt. Der Minister des Äußeren blüht der weiteren Entwicklung der Beratungen mit Vertrauen entgegen und zweifelt nicht, daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, welcher die Entwidlung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserem östlichen Nachbar für die Zukunft sichert, der Ministerpräsident bemerkte schließlich: "Ich möchte dem aufrichtigsten Wunsche Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrat nach günstigeren Nachrichten mitzuteilen als heute." Die Rede wurde vielfach von lebhaftesten Beifalls- und Jubelrufen unterbrochen.

Friedensmöglichkeiten mit den Westmächten?

Von Georg Gothein, Mitglied des Reichstages. Die Neujaars-Neuermeldung, wonach England, die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestellten Friedensbedingungen als einen ersten Schritt betrachtet und die selbe Absicht hat, eine ernste, wohlüberlegte Antwort zu geben, sobald die Bedingungen offiziell überreicht sind, hat in Deutschland lebhaftes Aufsehen erregt. Die Töne, die bis dahin aus Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika herausklangen, ließen auf alles andere als auf eine Geneigtheit zu Friedensverhandlungen schließen. Ganz besonders die Rede Wilsons in der französischen Kammer war eine scharfe Abfuhr an die Forderung, sich an den Verhandlungstisch zu legen, gewesen, und man durfte annehmen, daß ihr eine Verständigung mit den anderen Verbündeten vorausgegangen sei. Nun hat diese rein negative Haltung überall die Arbeiterklassen tief verstimmt und auch bei den Parliamenten nicht beliebt. In Frankreich wurden allerdings nur wenig über 100 Stimmen gegen die vom Ministerium gebilligte Tagesordnung abgegeben, aber diese selbst erhielt nicht die Hälfte der Stimmen sämtlicher Abgeordneter, ein recht erheblicher Teil hätte also wohl seiner Unzufriedenheit durch fernbleibenden Ausdruck gegeben. In England sind sowohl die gelarmten organisierten Arbeiter als auch die unorganisierten Arbeiter sehr unzufrieden über die Teilnahme an den Friedensverhandlungen, ebenso wie die anwachsende Gruppe, die sich um Vandromme scharf und erhebt hatten sich unzufrieden über die Parteilichkeit der englischen Regierung geäußert. In Italien ist die Friedenssehnsucht der breiten Massen der Bevölkerung nicht viel geringer als in Rußland, nur daß es ihnen bisher nicht gelungen ist, Einfluß auf Kammer und Regierung zu gewinnen. Aber in allen drei Ländern müßte man sich eigentlich sagen, daß ein Krieg hoffnungslos ist, wenn die breiten Massen der Arbeiter dagegen sind. Denn heute spricht für den Erfolg die Arbeit in den Kriegsmaterialfabriken ebenso mit wie die Laperleier der Soldaten in den Schützengräben. Die Vereinigten Staaten von Amerika können allein nicht den Bedarf der Entente decken an Waffen, Munition und sonstigem Kriegsgüter liefern; ihre Leistungsfähigkeit darin ist mit ihrem Eintritt in den Krieg zurückgegangen. Auch andere Erwägungen müßten bei den Westmächten die Neigung, zu verhandeln, wachrufen: mit dem Auscheiden Rußlands und Rumäniens, mit dem Freiwerden der gesamten Ostfront verlieren Frankreich und England ihre bisherige Überlegenheit an Menschen und Material an der Westfront; sie müßten sie außerdem durch Abgabe von beiden an Italien schwächen. Die Hilfe Amerikas, die doch nur sehr allmählich eintreten kann, vermag ihre frühere Überlegenheit an der Westfront nicht wiederherzustellen. Sie müssen auch befürchten, daß, ehe sie eintritt, dort mächtige Schläge fallen. Die Hoffnung, die Mittelmächte auszuhalten, schwimmt mit ihrem Frieden mit Rußland und Rumänien. Solange die Dardanellen gesperrt sind, sind jene die einzigen Abnehmer russischen und rumänischen Getreides. Umgekehrt aber wird die Versorgung der Westmächte immer mehr gefährdet. Die beschleunigenden Neben Lloyd Georges über die Wirtungen des U-Boot-Krieges werden durch die schließlichen Zurückgehen des Briten Lords der Admiralität bestärkt. Es ist eben unmöglich, auch nur annähernd so viel Schiffe zu bauen, als versenkt werden, und es ist eben unmöglich, so viel U-Boote zu orientieren, als in Deutschland gebaut werden. Um so unmöglicher, als Deutschland jetzt seinen U-Boot-Bau wirklich organisiert hat und damit in ganz anderem Umfange solche herstellt als früher. Sie haben nämlich an der unteren Rechten zur Verfügung stehenden Handlotionen. Das Mittel, die U-Boote tiefer zu legen und damit die vorhandene Tonnage besser auszunutzen, läßt sich nicht wiederholen. All das müßten sich die nächsten Engländer sagen, und sie zum Kriege war die Weisheit der Engländer müßten. Sie müßten sich weiter legen, daß — wenn es hoffnungslos ist, die Mittelmächte militärisch oder wirtschaftlich niederzuringen — ein Friedensschluß nach einem weiteren Kriegsjahre sie selbst in keiner besseren, sondern in einer wesentlich schlechteren Lage finden würde. Es wäre daher sehr wohl überdenklich, wenn auch in England die nächsten Erwägungen über die Kriegselendlichkeit den Sieg davontragen würde. Aber man hat das schon so oft und immer vergeblich erprobt, daß man letztlich gemorden ist und nicht mehr an den Sieg der Vereinigten glauben will. Man legt sich die ganze Sache ist bloß ein Standort, um den eigenen unzufriedenen Völkern vorzureden: Ihr seht, wir waren bereit, zu verhandeln, aber Deutschlands Friedensbedingungen sind solche, daß wir damit auf das Ziel verzichten müssen, wegen dessen wir in den Krieg eingetreten sind. Gelingen wir das, so würden wir damit keinen wirklichen Frieden, sondern nur den letzten Krieg — den status quo ante —

Ultimatum des Rates der russischen Volkskommission an die rumänische Regierung.

Petersburg, 15. Januar. R. T. A. meldet: Der Kommandeur der 19. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindselige Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und keine Lebensmittellieferungen durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschlag des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Beluge der russischen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommission verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Befreiung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheit dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Intervention als ein neuer Versuch betrachtet und wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.

Gen. Penin, Oberbefehlshaber, Arzentio und Kriegsgenossenschaftler Podowski.

Ausweisung der rumänischen Behörden aus Rußland.

Petersburg, 17. Januar. Der "Daily Chronicle" meldet aus Petersburg: Die russischen Behörden haben den in Rischneff errichteten rumänischen Regierungsbüros die Kündigung zum 31. Januar zugesagt. An diesem Tage haben die letzten in Rußland eingerichteten rumänischen Behörden das russische Staatsgebiet zu verlassen.

WTB. Stockholm, 17. Januar. Nach einem Telegramm der R. T. A. erfolgte die Verhaftung des rumänischen Generals Diamandi in der Nacht vom 14. zum 15. Januar wegen gravischer Unterdrückungsmaßnahmen der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botschaft zu Penin, und die Kommissare bewilligten die Freilassung auf den Vorbehalt des amerikanischen Botschafters in, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Diamandis gegenüber russischen Soldaten senden werde. Am 3. Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Englische Sympathieumgebung an Trotski.

Bern, 17. Jan. (Privattelegramm.) Der "Manchester Guardian" gibt eine Datumsangabe folgendes Telegramm der Independent Labour Party an Trotski, wieder: "Nachdem Lloyd George und Wilson, ebenso wie die Vertreter der Zentralmächte Ihre Formel: 'Keine Annexionen, keine Indemnitäten' angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundgesetzes im einzelnen lediglich in einer Vollstreckung mündig ist, bringen wir in unsere Regierung, unerschütterlich an Verhandlungen an einem offe-

meinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Euren großartigen Kämpfen für den Internationalismus."

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 17. Januar abends. (Amtlich.) Von den Kriegesgeschehnissen nichts Neues.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 17. Januar. Amtlich wird verlautbart: Zwischen der Venetia und dem Monte Peliccia beschänkte der Gegner seine Geschäftstätigkeit nach den erfolglosen verlustreichen Angriffen der Vorzüge auf festes Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann gefangen eingebracht. Der Chef des Generalstabs.

Deutsche Erfolge in Portugiesisch-Ostafrika.

WTB. Bern, 16. Januar. Yvone: Blätter melden aus Bissabon: Eine offizielle Note über die Lage in Portugiesisch-Ostafrika gibt bekannt, daß 8 deutsche Kompagnen das Gebiet von Matarka besetzt und starke Stellungen angelegt haben. Man erwartet einen Kampf mit den Alliierten in den nächsten Tagen.

Schwere Kohlennot in Amerika.

Washington, 16. Januar. (Neuer.) Um dem Kohlenmangel abzuhelfen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, 5 Tage lang geschlossen werden sollen. Es verlautet, daß die Regierung alle Fabrikanlagen mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel erzeugen, 10 Wochen lang jeden Montag außer Betrieb legen wird. Die Verfügung bezieht sich auf alle Staaten östlich des Mississippi, ferner auf Minnesota und Iowa. Sie tritt am 17. Jan. in Kraft. Wilson erteilte dieser Verfügung seine Genehmigung. Unter diesen neuen Bestimmungen wird den Betrieben gestattet, ihre Kohlen für je eine Ausgabe täglich zu verbrauchen. Die Geschäfte schloß diesen 5 Tage in der Woche geheizt werden, müssen aber an Montagen und an Feiertagen geschlossen bleiben.

Bestehungen der Presse in neutralen Ländern.

Petersburg, 15. Jan. (Meldung der R. T. A.) Aus einem in den Geheimarchiven aufgefundenen Schriftstück sind Aussagen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Italien, der Schweiz, der Niederlande, Spanien, Perlen und der Vereinigten Staaten verzeichnet. Der amerikanische Journalist Walpait hat für einen Vortrag im März 1915 2500 Dollars erhalten, ein gewisser Landefeld für Einrichtung eines Pressebüros 2000 Dollars, der russische Journalist Dabroz für die Zeitung "Ruski Emigrant" 22000 Dollars.

haben. Wir können einen wirklichen Frieden nur durch den Sieg über die Mittelmächte erreichen." Und die Rede Lloyd Georges hat diese spezifische Auffassung gerechtfertigt. Da sich auch in England und Frankreich die sonst zum Frieden geneigten Parteien auf die Forderung der Absetzung des Kaisers-Vollziehungsorgans festgelegt hatten, besteht zurzeit keine Hoffnung, daß es jetzt schon zu erfolgreichen Friedensverhandlungen mit den Westmächten kommen werde. Man wird wirklich nicht verkennen dürfen, daß Lloyd Georges letzte Rede in der Form so anständig war die letzte früheren, nach dem Graf Hertling mit Recht erklärte, mit jemandem nicht verhandeln zu können, der sich in so hohen Befehlungen seiner Gegner gefalle. Zweitlich ist es zweifelhaft, ob sich der englische Premierminister wieder verhandlungsfähig machen oder sich nur bei den Arbeitern und Friedensfreunden in England einschmeicheln wollte. Letzteres ist ihm jedenfalls über Erwarten gelungen. Wie lange es vorhält, bleibt freilich abzumachen.

Das Urteil der neutralen Presse, die mit wenigen Ausnahmen die Rede Lloyd Georges als eine scharfe Abfrage an den Gedanken von Friedensverhandlungen ansah, dürfte den englischen Friedenswilligen Kreisen doch zu denken geben. Am wenigsten hat er damit aber die Zufriedenheit der Franzosen erregt. Der zweiwöchentliche Ausdruck "reconsideration", den er bezüglich des Kaisers-Vollziehungsorgans gebraucht hat, kann zwar Rückschlüsse, braucht aber auch nur eine neue Welle in der Frage des Kaisers-Vollziehungsorgans herbeiführen, als ob es nicht schon längst entschieden wäre, sondern daß es sich um die Verhandlungsmöglichkeit vorhalten. Auch Präsident Wilson ist darin vorsichtig gewesen, indem er nur davon spricht, daß das Unrecht, das 1871 an Frankreich mit der Annexion des Kaisers-Vollziehungsorgans begangen worden sei, gut gemacht werden sollte. Da er im übrigen auf dem prinzipiell passivistischen Standpunkt steht, daß keine Bevölkerung gegen ihren Willen einem anderen Staate angegliedert werden soll und das zu über 90 Millionen deutsche Kaisers-Vollziehungsorgans durch den demokratischen Grundgesetz gewählten Landtag für einmütig für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen, so ist die Wilsonsche Wendung kaum mehr eine Höflichkeitserbeugung an Frankreich; freilich eine solche, die in Deutschland hart vernehmen muß.

Die imperialistisch-amerikanische Friedensziele, die Lloyd Georges bezüglich der deutschen Kolonien und der übrigen in Besitzungen umgeben hat, machen im Hinblick auf die Friedensverhandlungen ebenfalls ausdrittelhaft wie die Forderungen des Kaisers-Vollziehungsorgans. Es ist zu erwarten, daß sich diese nicht einmal Entschuldigungen in der mangelhaften Kenntnis des amerikanischen Präsidenten über das Wesen des österreichischen Staates.

Im Gegensatz zu Frankreich, England, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika hat man es bei Russland mit einem Vertragsgegner zu tun, der seit Monaten den Frieden herbeizuführen eifrig bestribt ist. Mit ihm konnte man daher auch alsbald zu einem Waffenstillstand kommen, unter dessen Schutz die Friedensverhandlungen voranzuschreiten. Ein solcher war um so leichter möglich, als Russland zurzeit über See keine Waffen- Munition oder sonstige Kriegsvorräte beziehen kann. Die Daranebenen sind gesperrt; die Ozeane sind von den deutschen Flotten beherrscht, die Vorräte sind bis Mai unter Eispackung und der eisfreie Hafen an der Murmanküste hat so lange keinen Wert, als die Bahn zu ihm noch nicht fertig ist. Der Waffenstillstand konnte sich also im wesentlichen auf die Landzungen beschränken.

In einem Waffenstillstand mit Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika können wir uns aber bestenfalls nur an den Randzonen verziehen; zur See würde er ausschließlich unsere Feinde zugute kommen. Wir könnten ihn nicht ausnützen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Brasilien, Ostindien, China, Japan, fast ganz Afrika, Australien, also mit Ausnahme Argentiniens alle größeren Rohstoffausfuhrstaaten stehen mit uns im Kriege, würden uns also nicht helfen. Wir würden aber auch kaum die Möglichkeit haben, von Argentinien, Chile oder Mexiko oder von Niederländisch-Indien, wo noch deutsche und österreichische Schiffe liegen, diese mit Waren heranzubekommen; aber würde das von Spanien möglich sein, aber das hat selbst wenig abzugeben. Und so lange kann man die Wasserstraßen nicht von vornherein ersticken, um Schiffe aus deutschen Häfen dorthin ausfahren und beladen zurückkommen zu lassen.

Die Wahlrechtsvorlage im Ausschuss.

Am gestrigen Donnerstag vormittag trat der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses wieder zusammen. Die allgemeine Besprechung soll zu Ende geführt werden, es sind aber noch 13 Redner gemeldet, so daß es fraglich ist, ob sich diese Anzahl nicht vermindern lassen.

Ein monatlicher Redner geleitet die Besprechung gegen das Berliner Tageblatt, das am Sonntag den 17. d. d. die Nationalen in diesen Vorzug vorzuziehen und die Nationalen in diesen Vorzug vorzuziehen und die Nationalen in diesen Vorzug vorzuziehen. Dieser Artikel enthalte das Gegenteil der Wahrheit. Im Ausschuss sitzen fünf Nationalvereine, die zusammen eine Stunde gesprochen haben, ganz langsam, wie die drei Fortschrittler. Wenn das Berliner Tageblatt verfuhr, sich auf Kosten des Redners an den Abgeordneten des Staatsministeriums anzubinden, so mag er darauf aufmerken, daß früher, als Dr. Friedberg noch Vorsitzender der fraction war, er vom Berliner Tageblatt ebenso lebenswichtig angegriffen worden ist. Dann bemängelt Redner abnormals, daß sich die Regierung nicht für darüber geäußert habe, mit welchen Mitteln die Deutschen an der Ostfront gegen die Folgen des gleichen Wahlrechts kämpfen, wolle. Die frühere Verberührungspolitik im Osten habe jedesmal zu einem Mißsto geführt und die Polen auf allen Gebieten vordringen lassen. Es habe sich gezeigt, daß die starke Hand nicht zu empfehlen sei. Das sächsische Wahlrecht habe sich bewährt, und wenn unter einem Pluralwahlrecht die Fortschrittler das Jüngste an der Wange sein würden, so würden sie sich wohl anders dazu stellen. Nachdem der König das gleiche Wahlrecht angeordnet, sei die Situation allerdings recht unangenehm, aber selbst daran sei die frühere Regierung. Der Redner beweist, daß der Antrag nach dem gleichen Wahlrecht im Volk so schwer sei. Eine Entschädigung in den Wahlen würde nur eintreten, wenn im Stil des Berliner Tageblattes auf die Massen eingewirkt würde.

Ein Zeitungsverwalter trat für ein Pluralwahlrecht unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer ein. Die angeordnete Entschädigung des Volkes sei nur eine Treibhauspflanze, die Zentralverträge erfolge vom Berliner Tageblatt und vom Reichstag aus. Aber der Verlust, der von den heimkehrenden Kriegern mitgebracht werde, werde

diese empfindliche Treibhauspflanze umwerfen. Das gleiche Wahlrecht ist das ungerade.

Ein Konservativer führt aus: Die Mehrheit der Polen und der Sozialdemokraten hat ihre Schuldigkeit getan, aber es bestehen Unterschiede zwischen den Wählern und den Abgeordneten. Das gleiche Wahlrecht gefährde Kirche und Schule, und die Schwächung des monarchischen Landtags müsse den Einfluß der Krone heftigen. Wie könne die Regierung über das berufliche Wahlrecht einfach zur Tagesordnung übergehen. Man könnte doch das Abgeordnetenhause zur Hälfte allgemein und zur Hälfte beruflich wählen lassen. Unser Volk sei zuweilen und von fester Güte, man müsse es nur von den Verführern loslösen, die das Volk auf Wege führen, welche mit Notwendigkeit zum Untergang hinführen.

Ein Zentrumsmann erklärt, daß seine Freunde bei sorgfältiger Abwägung jeder einzelnen Bestimmung an der grundsätzlichen Stellung, wie sie im Zentrumsgesetz enthalten, festhalten werden. Keine Volksteile werden bitter enttäuscht sein, wenn nicht eine brauchbare und vollständige Wahlreform zustande kommen würde. Das Beispiel des Reichstages beweise, daß das gleiche Wahlrecht nicht die Parlamentarisierung nach sich ziehen müsse. Der englische oder belgische Parlamentarismus sei für Deutschland durchaus unangebracht. Eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament dagegen erwünscht. In seinen Kreisen werde die Empathie für das gleiche Wahlrecht hart herabgedrückt durch die Besorgnis der Radikalisierung des Reichstages. Die Geschichte habe die Zentrumspartei des Reichstages nicht blind gegenüberstehen. Ein Gegenstand könne nicht ohne weiteres durch Ausarbeitung der ersten Kammer mit größeren Befugnissen, durch Festlegung der Wahlkreise und der Interessen von Kirche und Schule. Man müsse verzeihen, daß nicht früher einmal durch einfache Mehrheit die Wahlkreisverteilung geändert oder die heutige Schul- und Kirchenpolitik beseitigt werden könnte. Die Gefahr einer Zunahme der unabhängigen Sozialdemokratie erhebe dem Redner übertrieben, man solle sich vor fruchtlosem Pessimismus hüten.

Umgekehrt würden alle Vorteile eines Waffenstillstandes zur See auf Seiten unserer Feinde liegen: Sie könnten ungehindert von unseren U-Booten, die mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen, mit Kriegsmaterial versehen. Die demnächst zur Verfertigung gelangende argentinische Ernte, von deren Entziffern die Ernährungsfrage in England, aber auch in Italien und selbst in Frankreich zum guten Teile abhängt, würde ungehindert herangebracht werden können. Italien und Frankreich könnten in dieser Zeit ohne Gefahr mit Kohlen, Eisen, Munition versorgt werden. Der Bau von Handelsbooten könnte dabei in allen Kriegsfrieden wie in den neutralen Staaten mit vorträgen Kräfte fortgesetzt werden; damit aber würde unser ganzer U-Boot-Krieg, der letzten Endes doch bezweckt, daß wir ständig mehr Schiffsraum verlieren, als gebaut werden kann, nutzlos werden. Führt der Waffenstillstand zu einem Frieden, so stehen wir an jenem Abstände wesentlich schlechter da als vor ihm.

Es kommt hinzu, daß während seiner Dauer die Vereinigten Staaten ihre Truppen, Waffen, und Munitionsendungen ungehindert nach Europa ausführen könnten, so daß hinterher auch unsere Stellung an der Front verschlechtert sein würde. Auch eine von uns geplante Offensive ist nach Ablauf des Waffenstillstandes weniger ausdrittelhaft, da die Feinde die Zeit zu geistiger Abwehr, dem Ausbau weiterer Stellungen, ihrer besseren Ausrüstung und Verbesserung der Transportanlagen benutzen können. Unsere Verberückungstellungen an der gesamten Westfront dagegen sind so ausgedehnt, daß wir deren Durchführung noch weniger leicht vertragen könnten. In den drei vorangehenden Jahren zu berücksichtigen. Unser stärkster Druckmittel, die Feinde zur Friedensbereitschaft zu bringen, ist nun einmal die U-Boot-Waffe, auch wenn sie nicht die rasche Wirkung gezeitigt

hat, die übertriebene Behauptung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ihr angeht. Wenn wir zum Frieden mit Russland kommen, streift die Zeit für uns und gegen die Westmächte, weil deren Ernährungsinteressen wachsen, unsere aber im wesentlichen damit behoben werden.

Es hat gewiß kein Mißliches, einen Frieden zu verhandeln, während das blutige Waffenhandwerk fortgesetzt wird. Die Geschichte der Friedensverhandlungen von Münster und Danneberg, die sich jahrelang hinziehen, weist die Anpreisung beider Parteien so nach den ausdrittelhaftesten Bedingungen der Parteien, die sich in der Verhandlung wachhalten, sind ein trauriger Beleg dafür. Aber um die Verhandlungen diesmal liegen, dürfte man mit Friedensverhandlungen unter der Waffen viel rascher zum Schluß kommen als beim Waffenstillstand. Man muß nur von vornherein mit dem Gedanken brechen, daß die Kriegsziele sich mit der Kriegslage ändern können. Gerade wenn man sich für die Dauer berechnen will, die Verhandlungen und Verberückung sind ohne erzwungene Schließenschriften oder Verberückungen, wenn man einen vollständigen Waffenstillstand will, und wenn man eine Verberückung über wichtige Rüstungsbeschränkungen und über eine internationale Schiedsgerichtsbarkeitsorganisation will, so spielen gegenüber diesen großen Zielen kleine Gebiets- und Entschädigungsfragen, die durch den Wechsel der kriegerischen Ereignisse beeinflusst werden könnten, keine große Rolle. Ein rascher Friede ist für alle Kriegführenden ungleich wertvoller als kleinliche Vorteile.

Gärten wir in den Westmächten mit Gegnern von solch erheblichem Friedenswillen zu tun, wie den Russen, so können man freilich über alle diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Da das selber nicht der Fall ist, so können wir an einen Waffenstillstand mit ihnen nicht denken — am wenigsten an einen zur See.

Ein edles Frauenleben.

Roman von A. Deutsch.

26. Fortsetzung.

Stadtbuch verboten.

Was sind alle Entschlüsse und Vorläufe? Eine Zeitung werden die heißen Empfindungen niederzulegen wie die rebellischen Wasser durch eine äußere stärkere Kraft, dann ein Moment: die Wasser heilen und die Dämme sind zerfallen.

Tief war Geja nur dem Bewußtsein durchdrungen, daß er ihrer nicht wert, daß sie ihn nicht lieben könne; jetzt, da er sie zum höchsten Tode getrieben, lie in den Armen hielt, wußte er nur das eine, daß er ohne sie nicht leben könne, daß sie sein werden müsse.

War sie zu schwach, ihm Einhalt zu gebieten, als er in heißen Worten sein Liebesverlangen aufs neue begann? Oder liegen die ähnliche Empfindungen verflummen? Ihr Gesicht hatte nichts Abwechslendes in diesem Augenblicke, es lag im Gegenteil ein Ausdruck stillen, süßen Glücks darin. Und derstand ein Herz die Sprache des anderen? Es kam eine Verberückung über ihn.

"Elisabeth, willst du mein werden?" Sie machte sich sonst ihm los und letzte sich, er aber hielt ihre Hände fest und wiederholte leidenschaftlich liegend seine Worte.

"Ich ... ich will erst mit Ihrer Mutter sprechen, bevor ich Ihnen antworte" sagte sie nach langem Schwagen. Sie hatte die Augen gesenkt, und er rührte das leise Beben ihrer Hände.

"O bitte, machen Sie mich nicht irre, es muß sein", fuhr sie fort, als er ihr etwas stummlich erwidern wollte. "Das eine sollen Sie wissen ... in Ihrer Verberückung, ich ... ich liebe Ihnen nicht, wie in jener Nacht auf der Landstraße ... Jetzt, bitte, gehen Sie ins Entschlo und schiden Sie mir die Datta mit treuen Knechten. Man wird mich suchen."

Er war schon bei der Tür und blieb wieder stehen. "Elisabeth, eine Bitte", sagte er und wies auf ihr Haar, das aufgelöst wie ein goldener Mantel sie umschloß.

"Elisabeth, eine Bitte", sagte sie nach langem Schwagen. Sie lag nicht auf, aber sie lächelte leise Bejahung. Sein Herzschmerz bang, eine kleine goldene Spize.

Als er in die weiße, glänzende Fülle griff, zitterten seine Hände. Er schnitt die Wade ab, aber die Verberückung war größer als sein Wille. Ihr Gesicht, ihr Atem waren so nahe dem seinen ... Ehe er selber wußte, wie es geschah, hatte er ihren Kopf an sich gedrückt, und seine Lippen berührten ihre Augen, dann schirmte er hinaus.

XVII.

Da kam die Nacht. Lissa war zu Bett gebracht worden und versiel in einen ruhigen, tiefen Schlaf. Es hatte lange gedauert, bis man ihn ins Leben zurückgerufen, aber der Arzt gab trotzdem die beruhigendsten Hoffnungen. Ein ungezügelter Schlaf und einige Tage Ruhe würden wieder alles bei dem Kinde ins Geleise bringen.

Die Gräfin hatte während der ganzen Zeit Elisabeth weber gehen noch gesprochen; das Entsetzen beim Anblick des toten Knaben hatte jedes andere Empfinden und Interesse in ihr ausgelöscht; da hatte sie erst empfunden, was ihrem Herzen die Kinder ihrer verstorbenen Tochter waren. Sie hatte sich nach der mutigen Ketterin erkundigt und erfahren, der Graf habe sie ins Entschlo gebracht, wo sie sich erholt habe. Als der Arzt kam und der Lissa nichts mehr zu tun war, schickte sie ihn zu Elisabeth hinaus, auch er beruhigte sie, das Fräulein sei noch etwas matt, aber vollständig erholt.

Jetzt, da sie der ruhige, tiefe Schlaf des Knaben beruhigte, beschloß sie, selbst nach ihrer Gesellschafterin zu sehen, um ihr für die Rettung Lissas zu danken. Eben wollte sie leise das Zimmer verlassen, als sich die Tür öffnete und die Datta hertrat.

"Datt, du geladene, Sanna, und ist dir leichter?", sie wies nach dem Herzen. "Es ist noch der Schreck, der sich da festgesetzt hat."

Das Gesicht der treuen Alten lag ebenfalls so angegriffen aus wie das der Mischbeteiligten. Daß ihr auch das passieren mußte, der Treuen, Vorzuziehen! Sie hatte nach dem Anfall zu den Füßen der Gräfin gelegen und sie angeseht, sie war so schmerzhaft und Schande aus dem Schlosse zu jagen; sie war so außer sich gewesen, daß sie die Gräfin beruhigten und ihr mit trübenden Worten zupredigen mußte; so sagte sie auch jetzt. "Bleib hier, ich schide dir durch Janto ein Glas Wein. Bleib hier bei Lissa, bis ich zurückkomme, ich will zu Fräulein Berner hinaus."

"Das Fräulein hat mich eben mit einem Auftrage an die Hochwohlgeborene geschickt, sie ließe die Hochwohlgeborene um eine Unterredung bitten."

"Wah?" fragte die Gräfin befremdet, "und zu dieser Stunde?"

"Ja, die Kaiserin ließe die Gräfin sehr darum bitten, es möchte nach heute sein."

"Was soll das bedeuten? Was konnte die Gesellschafterin Wichtiges mitzutellen haben?"

"Als sie vom Arzte erfuhr, daß Lissa schlief", fuhr Sanna fort, "und nichts für ihn zu befürchten sei, schickte sie mich gleich mit dem Auftrage an die Gräfin."

"Befehle sie nach meinem Salon, ich werde mich gleich hin verfügen", sagte die Gräfin.

Als sie kurz darauf in den Salon trat, befand sich schon Elisabeth in demselben. Was der Gräfin gleich im ersten Augenblicke auffiel, als sie vor sie hintrat, war der tieferne und zugleich verwirrte Ausdruck in dem Gesichte des Mädchens.

"Sie wollen mich sprechen, Fräulein Berner", sagte die Gräfin, "und es muß etwas Wichtiges sein, da Sie den heutigen Tag und die spätere Stunde dazu wählen. Voreerst aber lassen Sie mich Ihnen danken für die Rettung meines Entfels; ich wollte mich gerade zu Ihnen verfügen, als die Datta mit Ihrem Auftrage kam. Sie sind ein mutiges Mädchen, Elisabeth, und ich sehe in großer Schuld bei Ihnen."

Es war das erste Mal, daß die Gräfin sie bei ihrem Namen nannte, auch klang ihre feste und stolze Stimme langsam weich und bewegt.

Elisabeth lag zu Boden. "Haken Sie mit Ihrem Danke zurück, Excellenz", verlegte sie nach einer Weile mit leiser, besorgener Stimme, "dann ich fürchte sehr. Sie könnten sich zurücknehmen, sobald Sie mich gehört haben werden."

Retrospektiv lag sie die Gräfin an. Was sollte das bedeuten? War es eine einfache Kindigkeit? Und dachte sie dadurch eine betrieblige Wirkung herbeizurufen? Der Stolz, das sie schlummernde Gefühl in ihr regte sich.

"Es würde mir sehr lieb tun, wenn Sie uns verlassen, Fräulein Berner", sagte sie plötzlich fast und trocken, "aber ich möchte mich davon zu finden lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Meinungen, 15. Januar.

Der Verein Thüringer Presse veröffentlicht folgende Kundgebung:

Der Verein Thüringer Presse (Verbandsrat des Reichsverbandes der deutschen Presse) legt nach Kenntnisnahme des Konfliktes des Thüringer „Mercurius“ mit dem Antebans des Herausgebers Hofbeaters und des Hofkassiers in Meinungen einflussreichen Bestimmung ein gegen die unbedingte Abgabe der Reichssteuer II um je nach Bedürfnis zu beurteilen, als sie einen Betrag darstellt, dessen Kräfte durch einen wirtschaftlichen Druck mundlos zu machen.

Der Verein Thüringer Presse richtet zugleich an die gesamte Presse das Ersuchen, sich auf weiteres über die weitere Beilegung des Konfliktes, die Aufführungen des Thüringer Hofbeaters und des Thüringer Hofkassiers in dieser Hinsicht nicht mehr zu äußern.

Georg Böttcher f. In Leipzig starb der bekannte lebensmüde Humorist Georg Böttcher im Alter von 68 Jahren. Sein Leutnant von Verfehmig in der „Guten“, viele Artikel der „Friedensblätter“, Schriften über Guttimen und Schmeigler, Schulhumoristen, Briefe über Lena, Briefe eines Meistlers u. a. haben ihn in weiten Kreisen beliebt gemacht.

Gerichtsverhandlungen.

Schleichhandel aus Gründen höherer Pflicht.

Der Fabrikbesitzer Winkelmann hatte sich vor dem Schöffengericht Neudorf in veranmertem, weil er in seiner Fabrik die württembergische Schweißungsurkunde zu erlangen hat, für seine Arbeiter große Mengen Fleisch eingekauft und ohne Fleischmarken an sie abgegeben hat. Ein Einkäufer von ihm, der als Einkäufer tätig gewesen war, sowie der Einkäufer einer anderen Firma, der von den Warenüberlieferungen dieser Firma an Winkelmann abgegeben hatte, mußten sich wegen der gleichen Beschuldigung verantworten. Sie erklärten, daß sie lediglich von dem Bestreben geleitet worden seien, den Ausführungsarbeiten eine bessere Verpflegung zu verschaffen, um sie so arbeitsfähig und arbeitswillig zu erhalten. Nur durch diese Maßnahmen sei eine Arbeitsleistung ermöglicht worden. Der Amtsanwalt beantragte gegen die beiden Angeklagten je 25 Mark Geldstrafe, gegen den Fabrikbesitzer, als den Hauptangeklagten, 1000 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger beantragte Freisprechung, denn es müsse unter Anwendung allgemein gültiger Rechtsgrundsätze die Erfüllung der weniger wichtigen Pflicht hinter der höheren zurückstellen. In diesem Falle sei die höhere Pflicht die Aufrechterhaltung der die Bereitstellung wichtigen Kriegsgüter dienenden Fabrikation gewesen. Um diese höhere und unmittelbare Pflicht zu erfüllen, seien die Angeklagten nach Lage des Falles berechtigt gewesen, sich über Bestimmungen, die nur im Interesse der Zwischen der Reichswohlfahrt dienen, hinwegzusetzen. Das Schöffengericht trat dieser Auffassung bei und erkannte auf Freisprechung.

Provincial-Nachrichten.

Vom kommenden Hannover-Eisenbahn.

Der Ausschuss zur Förderung des Rhein-Hannoverschen Eisenbahns trat in Magdeburg unter dem Vorsitz von Geh. Kommerzienrat Judschewitz zu einer Vorstandssitzung zusammen. Man nahm Vorträge des Professors Franzosenhauer über dessen Entwurf einer Mittellinie über Braunschweig-Neuhaldensleben entgegen und hörte dann aus Gutachten des bekannten Wasserbauingenieurs Dr. Jung, Taale Berlin. Die endgültige Entscheidung überließ der Vorstand der demnächst einberufenen Vollversammlung des Ausschusses.

Personalnachrichten. Verliehen wurde dem Regierungsrat der Generalamtmannschaft Weidner in Weingarten der Charakter als Geheimer Regierungsrat, dem Geheimschreiber Schwerdtfeger beim Hauptgericht Grätz, Kreis Zargau, der Charakter als Betschreiber, dem Amtsgutsverwalter Fante, Vorsteher der Kornhauskollektionskassen in Wallhausen an der Selme, Kreis Sangerhausen, der Charakter als Sekretär und dem Hauptkassierenden Wegmann in Grätz der Charakter als Rechnungsrat. Dem Oberbauinspektoren Seyer in Magdeburg wurde der Rote Adlerorden vierter Klasse, dem Eisenbahnbetriebssekretär Brüning in Magdeburg der Königl. Kronenorden vierter Klasse verliehen.

3. Eisenbahn, 17. Jan. (Anerkennung für den ersten Bürgermeister.) Erster Bürgermeister Dr. Bellian stand in Verhandlungen wegen Übernahme des Postens eines Generaldirektors eines größeren Unternehmens, bei dem er einen großen Wirkungsbereich und ein entsprechend großes Einkommen gehabt hätte. Die höchsten Körperstellen haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: In Anerkennung der bisherigen erfolgreichen Tätigkeit ihres Ersten Bürgermeisters Dr. Bellian legt die Stadtratsordensversammlung Wert darauf, ihn auch ferner der Stadt zu erhalten und bewilligt ihm vom 1. April 1918 an, seinem Wunsch gemäß, eine persönliche Ruhegehaltsberechtigte Zulage von jährlich 3000 Mark. Desgleichen stellt sie in Aussicht, sein Stellengehalt bei der zu erwartenden allgemeinen Gehaltssteigerung nach dem Kriege um 1000 Mark zu erhöhen. Auf Grund der im vorliegenden Beschluß enthaltenen Vertragsausfertigung erklärte sich Erster Bürgermeister Dr. Bellian bereit, seinem Eisenburger Amte treu zu bleiben.

Sachsen (Altm.), 15. Jan. (Preisgabenverleihung.) Auf dem höchsten Amtsstufe fand die Zwangsversteigerung des 452 Morgen großen Freiguts Neuhof statt. Das Höchstgebot (229 000 M.) wurde von dem Fabrikbesitzer Selig Stern aus Göttingen abgegeben.

Halberstadt, 16. Januar. (Heidekraut als Suppenmehl.) Der Halberstädter Beder aus Thale, der Kaufmann Heinrich Schach, der Gastwirt Dingelstedt aus Hamburg und der Kaufmann Karl Behmer aus Hannover wurden von der Staatsanwaltschaft wegen Wuchers und Kettenhandels in Verbindung mit Betrug, Beder zu 3 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust, 14 000 Mark Geldstrafe, Schach zu 6 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust, 27 000 Mark Geldstrafe, Dingelstedt zu 2 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe und Behmer zu 2 Monaten Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Beder hatte in seiner Wirtshauswirtschaft und sonstige

Pflanzen zu einem Erzeugnis verarbeitet, das ursprünglich als Futtermittel, aber schließlich als Suppenmehl 1 verkauft wurde. Während zunächst der Zentner von diesem Erzeugnis als Futtermittel für 12 Mark abgegeben wurde, nachdem die Angeklagten später, nachdem sie das Zeug zu Suppenmehl erklärt hatten, für den Zentner 180 Mark.

Braunschweig, 15. Jan. (Der Regierungsrat Dr. Krenschke aus Witten, von dessen Angehörigen in einem Braunkohlen- und Holzmercurien mit befristeter, in dem Braunkohlen- und Holzmercurien seines Geschäftsbereiches zugestimmt worden.)

Beipzig, 15. Jan. (Das Reichamt für die Kulturermesse) ist auch für die bevorstehende Jubiläums-Kulturermesse an die militärischen Stellen mit dem Ersuchen heranzutreten, Urlaub zum Besuch der Messe zu erteilen. Nach den daraufhin zugegangenen Antworten wird dem Ersuchen entsprochen werden, so weit es die militärischen Interessen irgendwie gestatten.

Vermischtes.

Schwere Explosion im Betriebe der U. E. G. In einem Fabrikraum der U. E. G., Brunnenstraße 107 in Berlin, entstand Mittwoch vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den in dem Raume anwesenden Personen wurde die Wägrige Arbeiterfrau Ida Augewitz aus der Koldegerstraße, deren Ehemann im Felde liegt, in Schläge gerieten und auf der Stelle getötet. Durch umherfliegende Eisen- und Glassplitter wurden verletzt die Wägrige Arbeiterin Luise Focki, Schmiedestraße 239, die 21 Jahre alte Arbeiterin Erna Großke, Aldermünderstraße 9, die in demselben Alter stehende Arbeiterin Marie Meyer, Putzstraße 11 und die 27jährige Arbeiterin Frau Elly Schwenzer, Postenstraße 40. Gleichzeitig erlitten die Berufstätigen infolge sich entzündender Säuredämpfe Vergiftungen. Die Verletzten wurden sämtlich dem Lazarus-Krankenhaus, die Leiche der Frau Augewitz dem Schaubause zugewiesen.

Samstags- und Kriminalbeamter. Aus Bromberg wird berichtet: Ein Schleichhändler aus Breslau, namens J. L., der in Guelzen seine Einkäufe machte, ließ sich am frühen Morgen einen Kasten mit zwei goldenen Zigarren tragen. Diese beiden wurden aber von einem Mann auf dem Bahnhof angehalten, der sich als Kriminalbeamter ausgab und die beiden Pakete beschlagnahmte. J., der nun wieder zur Stadt ging, traf den angehaltenen Kriminalbeamten in der Lindenstraße, stellte ihn und nahm ihm die Waren wieder ab, worauf der Unbekannte, der schon des öfteren auf unserem Bahnhof solche Betrügereien trieb, verhaftet wurde.

Berliner Einbrecher auf Reisen. Drei reisende Berliner Einbrecher wurden am Dienstag auf dem Bahnhof festgenommen, als sie von einem Auszug nach Leipzig mit zwei Koffern zurückkehrten. In der Koffer zum Sonnabend wurde bei den Schneidmeister Voole in der Schillerstraße zu Leipzig ein Einbruch verübt. Die Diebe erbeuteten eine ganze Menge Stoffe. Gehehen fielen nun in einem D-Zuge drei Männer und ein Mädchen, auf die das Bahnpersonal schon aufmerksam geworden war, den militärischen Aufsehern dadurch auf, daß sie ihre Ausweispapiere untereinander ausgetauscht verstanden. Man behielt die Gesellschaft im Auge, die der Zug in Berlin eintraf. Die verurteilten Personen sind die verdächtigen Reisenden eines großen Koffers, der zu ihrem Gebrauche abgeholt zurückgelassen. Sehr nahm man sie fest und brachte sie nach Wache. Es ergab sich, daß es ein Herrschaftsbeamter, Kellner namens Willi Könnike und Anton Klaus und eine Martha Zimmermann waren. Der Koffer enthielt Barthaufstände aus dem Einbruch bei dem Schneidmeister. Martha Zimmermann war erst dort kurz vor Berlin nach Leipzig übergegangen, hatte dort die Gelegenheit ausgenutzt und dann ihren Berliner Freunden einen Wink gegeben. Sie selbst will sich zwar damit herausreden, daß sie die Berliner Bekannten ganz zufällig getroffen habe, als sie nach dem Bahnhof gegangen sei, um dort etwas zu holen. Sie sei dann nach Berlin gefahren, um hier ihre Koffer in Ordnung zu bringen. Das hätte sie jedoch schon vor sechs Wochen tun müssen.

Die rätselhafte Post. Am 17. Dezember wurde in einer französischen Kraftfahrzeugfabrikation an der Front die Feldpost verteilt. Die Soldaten begannen eifrig zu lesen, zunächst aber bald großen Stillsitzen. „Merzwidrig“ rief einer aus, „meine Frau schreibt mir, daß in Paris eine neue tragliche Hölle herrscht.“ „Und meine Eltern“, sagte ein anderer, „schreiben mir das Gleiche aus Rennes. Dort soll eine geradezu tropische Hitze sein.“ „Witten im Dezember!“ Ich glaube, man fällt uns zum besten.“ Da teilte einer der Soldaten den Inhalt, nach dem Datum seines Briefes zu sehen, und es stellte sich heraus, daß die am 17. Dezember verteilte Post Mitte Juni abgehandelt worden war.

Briefkasten.

(Jeder Mitsender ist die letzte Verantwortung übernehmend.)
Anerkennung: Wenn Sie trotz Erfüllung aller Erfordernisse die Aktenrolle nicht erhalten, dann reichen Sie Beschwerde ein bei der Provinzialberufungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 17. Januar. Die Börse hat heute eine etwas freundlichere Stimmung erkennen. U. a. machten die Erklärungen des preussischen Finanzministers zum Etat einen guten Eindruck. Die Reichsstaatsanleihen und Eisenbahnprioritäten sowie Preussische Renten vermochten auf die Nachrichten aus West-Ostland über den Fortgang der Verhandlungen mit der Ukraine anzugehen. Auch deutsche Staatsanleihen waren gefragt, wenigstens zu wenig veränderten Kursen. Deutscherleiung-unterliche Renten und Staatsanleihen erzielten etwas bessere Preise. Auf den internationalen Kursgebieten war die Haltung vorwiegend fest, allerdings blieb das Geschäft normierend ruhig. Am Monatsmarkte erzielten Kattowiger auf gute Ertragsaussichten eine größere Preissteigerung, die auch auf die Aktien der Laubhütte befestigend einwirkte. Ferner erschienen Bodmer, Eppner und Rheinisch als gefragt, während Oberbedarf, Deutsch-Luzemburger und Bombardier schwächer einsetzten. Von Schiffbauaktien behaupteten sich Lloyd und Poltschlag, die niedriger eröffnet hatten. Im übrigen sind als höher zu nennen Lütische Holz, Edison, Drenstein, Hirsch Kupfer und Rheinmetall, dogegen als niedriger Deutsche Wasserfahrtslinien, Bergmann und Orientbahn. Im freien Verkehr waren Petroleumaktien und Kohlenwerke maßgebend.

fast fest. In letzteren u. a. Großherzog von Sachsen, Kronenberg und Goldberg. Weiter nahm die Befestigung der allgemeinen Haltung zu. Lebhafteres Kursinteresse zeigte sich für die Aktien der Laubhütte und sonstige oberdeutsche Montanpapieren. Russische Renten erholten sich weiter. Die Raubhütte war fest, aber zum Teil still, doch Bodmer weiter gefragt.

Kaufmannsvereine vermochten vielfach zu steigen, wie z. B. Norddeutsche Lloyd, Berg, Georgs-Marienhütte, Carlshütte, Schöneberger, Carlshütte, Charlottenburger, Wasserwerke, Rütgerswerke, Hönningen, Chemische Fabrik Mühl, Fichtler, Sackener, Sackel, Reinigte Milchwerke, Kleber, Vereingete Schmirgelabriken, Klauener Löffelfabrik, Metallwarenfabrik Schöneberg sowie die meisten Aktien der Gummiabriken und des Antifolanzens. Bei den Aktien der Berlin-Treptower Unionfabrik kam das Besondere in Bezug auf Niedriger notierten Auer, Müller Speisefett, Bendix, Barmag, Geyer.

Präzisionsaktien 4% Fragant und darunter, tägliches Geld 4 Prozent.

Wochenbericht.

Berlin, 17. Januar 1918.
Die wöchentlichen Notierungen für telegraphische Wechselkurse sind nach der heutigen Welle in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Gute		Weniger Gute	
	Gold	Deut.	Gold	Deut.
Nem York	100	21.00	216.00	215.00
Holland	100	162.50	153.00	152.50
Schweden	100	163.25	163.50	163.75
Norwegen	100	161.25	161.25	161.75
Schweiz	100	112.50	112.75	112.50
Belgien	100	66.35	66.65	66.65
Frankreich	100	80.00	80.50	80.00
London	100	80.00	80.50	80.00

Russland: Gold 18.95, Deut. 19.05 für ein türkisches Pfund.
Spanien: Gold 117.50, Deut. 118.50 für 100 Pesetas

Getreide.

Berlin, 17. Januar. Die Witterungsverhältnisse haben sich nicht geändert und infolgedessen sind auch die Zufuhrmöglichkeiten noch sehr schlecht. Die Nachfrage nach allen Arten ist nach wie vor sehr reg, namentlich in Sämereien, von denen Gerste, Weizen und Weizenmehl, sowie Saatfrüchten dringend gesucht sind, ohne daß sie jedoch das Angebot deckern könnten. Im Kaufmännischen Geschäft hat sich die Situation nicht gebessert. Die Ware bleibt knapp und ist im freien Handel kaum zu haben. Auch im Ertragsmitteln kommt in Folge der Reichswehrverhältnisse sehr wenig heran. Wetter: Leichter Frost.

Die Verhandlung über das Zwangsobligat.

Berlin, 17. Januar. In der heute im Salonhotel, tagenden Versammlung der Vertreter der Braunkohlenwerke östlich der Elbe fand eine eingehende Aussprache über die durch die Verordnung des Handelsministers vom 27. Dezember, betreffend Bildung eines Zwangsobligats, geschaffene Lage statt. Zur weiteren Behandlung der Sache wurde ein 12-gliedriger Arbeitsausschuss einmütig gewählt.

Der Deutsche Handelsrat gegen ein Getreidemonopol. In einer an den Reichstag gerichteten Eingabe weist der Deutsche Handelsrat auf die erheblichen Bedenken hin, die der Einführung eines Getreidemonopols nach dem Kriege entgegenstehen. Es wird betont, daß man lediglich durch die gemeinsame Unterdrückung der nur beschriebenen Handelsgemeins dem Reiche keine erheblichen Einnahmen zuführen könne, sondern ausschließlich dadurch, daß man die Preise um soviel erhöhe, wie nötig sei, um eine bestimmte Summe an Einnahmen aus dem Monopol zu erzielen. Auch die technischen Schwierigkeiten des Getreidegeschäftes würden für die Monopolverwaltung unüberwindlich sein und eine gleichmäßige Versorgung des Marktes ebenso wie eine planmäßige Vorratswirtschaft beeinträchtigen. Der Deutsche Handelsrat fordert, daß die Fragen der Preisgestaltung von Mehl und Brot nicht zum Gegenstand politischer Wankkämpfe werden.

Neu eines Elektrizitätswerkes durch den sächsischen Staat. Der sächsische Staat, der erst letzten Jahres die Käufer von Kohlenwerken hervorgerufen ist, zeigt gleichzeitige Interesse für den Erwerb von Elektrizitätsunternehmungen. Die zweite sächsische Kammer hat jedoch den Ankauf der Aktienmehrheit des Virmar Elektrizitäts-Werkes zum Kurse von 135 Prozent zwecks Ausdehnung der staatlichen Stromlieferung beschlossen. Die fortgesetzte Verknüpfung so wichtiger Kraftquellen ist für die zukünftige Entwicklung des sächsischen Wirtschaftslebens wie auch der Staatsfinanzen zweifellos von größter Bedeutung.

Mitteldeutsche Gumminarenfabrik Louis Peter u. Co. in Jena/Th. u. M. Der Betriebsergebnis betrug 3 107 287 (2 776 595) Mark. Der Reingewinn, einschließlich 92 221 (81 952) Mark Vortrag, und nach 1 078 610 (1 021 085) M. Abfertigungen 1 100 780 (739 685) Mark. Die Dividende wird auf 14 (9) Prozent erhöht, zum Vortrag verbleiben 89 817 Mark. Der Geschäftsergebnis führt u. a. aus: Das Geschäftsjahr brachte unseren beiden Werken gute Beschäftigung, so daß wir unseren Umsatz gegen das Vorjahr nicht unerheblich steigern konnten. Die Umstellungen und Vereinbarungen für Kriegsbedarf bedürftigen sich. Unsere Erzeugnisse fanden Anerkennung. Auch zur Beschaffung der für den Jahresbedarf erforderliche Rohstoffe und sonstigen Kaufstoffe wurde uns zur Verfügung gestellt, im übrigen mußten wir in unseren Betrieben wieder in größerem Umfang mit Engpässen kämpfen, die wir in unseren eigenen Werken hinführen. In der Bilanz erzielten u. a. Korzäre 540 033 (850 296) Mark, Rent- und Arbeitsanlagungen 540 735 (371 681) Mark, Effekten 5 758 369 (2 461 736) Mark, Schulden 1 604 804 (1 017 756) Mark, Gläubiger 4 752 266 (2 188 599) Mark.

U. Joch u. Cie., Motorenwerke, Hilt.-Ges. in Joldau i. G. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung für das letzte Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent, wie in vergangenen Jahr, vorzuschlagen.

Berichtswort für den politischen Teil. Carl Delms: für den sächsischen Teil für Provinzialverordnungen, Gerlich, Danzel: Es ist ein Berichtswort, aus dem, Anrechnungsbilanz, Berichtswort um: Dr. Axel Baez; für den Anrechnungsbilanz, Hugo Strauß, Druck und Verlag von Otto Schödel.

